

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Adolf Kessel und Marlies Kohnle-Gros (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Steigende Antragszahlen auf Asyl

Die **Kleine Anfrage 2663** vom 25. September 2014 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Erstanträge auf Asyl wurden in absoluten und relativen Zahlen in diesem und dem vergangenen Jahr von Menschen aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien gestellt?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Asylkompromiss im Bundesrat?
3. Bis wann ist mit der Einrichtung einer dritten Erstaufnahmeeinrichtung in Rheinland-Pfalz zu rechnen?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um für Asyl Suchende angemessenen Wohnraum in den Kommunen gewährleisten zu können?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Oktober 2014 wie folgt beantwortet:

Die Krisen in der Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika (Syrien, Ägypten, Eritrea, Somalia) führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die Gründe, weshalb Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen und woanders Schutz und auch einen Neubeginn zu suchen, sind insbesondere politische Unruhen, Bürgerkrieg, politische Verfolgung, gesellschaftliche Diskriminierung oder auch wirtschaftliche Not, wobei letztere nicht unter den internationalen Flüchtlingsschutz fällt.

Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch zu Beginn des Jahres von 140 000 Asylernanträgen für das gesamte Jahr 2014 ausging, wurde diese Zahl mehrfach nach oben korrigiert. Rechnete das Bundesamt im Mai noch mit 12 000 bis 14 000 Erstanträgen, werden nun bis Jahresende bundesweit monatlich 25 000 Erstanträge erwartet. Bis August wurden in diesem Jahr mit über 119 000 Asylsuchenden bereits mehr Anträge registriert als im gesamten Jahr 2013. Aufgrund der fortbestehenden und sich ausweitenden kriegsrischen Konflikte und fortbestehender Verfolgung von politischen, religiösen und ethnischen Minderheiten ist mit einem Rückgang der Zahl der Schutzsuchenden nicht zu rechnen. Das Bundesamt, aber auch die Landesregierung, rechnen mit einem weiteren Anstieg der Zahlen auch im Jahr 2015.

Die Aufnahme dieser Menschen – nicht nur aus Syrien und dem Irak – stellen Land und die Kommunen vor große Herausforderungen.

Dies vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

2013 wurden bundesweit von Staatsbürgerinnen und -bürgern aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina insgesamt 20 990 Asylernanträge gestellt, das waren 19,14 % aller Anträge. Bis zum 31. August 2014 wurden insgesamt 16 783 Erstanträge gestellt, das waren 16,84 % aller Anträge. Weitere Einzelheiten können der Anlage entnommen werden.

Zu Frage 2:

Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu sicheren Herkunftstaaten erklärt, mehrheitlich zugestimmt. Hierfür erhielt der Entwurf auch die Stimmen von Baden-Württemberg. Rheinland-Pfalz hat sich enthalten.

Die Festlegung sicherer Herkunftstaaten ist rechtspolitisch grundsätzlich bedenklich und in der Sache auch überflüssig. Es wird die Zahl der Asylsuchenden aus den Westbalkanstaaten genauso wenig senken, wie es auch nicht die Verfahrensdauer verkürzen wird. Expertinnen und Experten bestätigen, dass dieses Gesetz keine nennenswerte Auswirkung auf die Praxis bei der Aufnahme von Flüchtlingen haben wird. Selbst das Bundesinnenministerium konnte nicht sagen, ob es zu einem Rückgang kommen und wie groß dieser eventuelle Rückgang sein könnte. Was wirklich benötigt wird, ist ein bundesweit abgestimmtes Vorgehen bei der Aufnahme von Asylsuchenden.

Zudem werden noch mehr Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie ein sehr viel größeres finanzielles Engagement der Bundesregierung im Flüchtlingsbereich benötigt. Bisher tragen Länder und Kommunen die Hauptlast.

Darüber hinaus ist auch eine Verbesserung in den Herkunftstaaten der Asylsuchenden aus den Westbalkanstaaten dringend geboten. Die Lage der Menschen ist dort vielfach sehr prekär. Aus diesem Grund müssen Asylanträge auch von Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina individuell mit besonderer Sorgfalt geprüft werden, auch wenn die Anerkennungsquoten gegenwärtig sehr gering sind.

Die im Verlauf der Verhandlungen durch die Bundesregierung in Aussicht gestellten Verbesserungen können diese Einschätzung nicht verändern.

Dass die Residenzpflicht nach drei Monaten Aufenthalt in Deutschland entfällt, die Vorrangprüfung auf dem Arbeitsmarkt vorläufig für die nächsten drei Jahre nach 15 Monaten entfällt und das Vorrangprinzip der Sachleistungen vor Geldleistungen künftig nur noch in Erstaufnahmeeinrichtungen gelten soll, all dies sind wichtige Verbesserungen, die die Landesregierung begrüßt. Sie können aber die schwerwiegenden Bedenken gegen das Gesetz nicht abwenden.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung sucht angesichts der steigenden Zugangszahlen Asylbegehrender nach einem dritten Standort für eine Erstaufnahmeeinrichtung. Da die bisherige Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier mit ihren Außenstellen in Ingelheim und der Luxemburger Straße in Trier voll ausgelastet ist, soll die neue Aufnahmeeinrichtung möglichst schnell belegt werden können. Bei der Suche nach geeigneten Immobilien und Liegenschaften spielen allerdings viele Kriterien eine Rolle, die als Voraussetzungen für die Geeignetheit einer Liegenschaft gegeben sein müssen. Sie müssen beispielsweise verkehrstechnisch gut erschlossen sein und möglichst in der Nähe einer Ortschaft liegen, die Immobilien müssen in einem guten Zustand sein, schnell bereitgestellt und umgebaut werden und vor Ort müssen Träger vorhanden sein, die die Betreuung und Beratung der Flüchtlinge übernehmen können. Auch ist die Nähe zu Ärzten, Kultur- und Bildungsangeboten nötig. Derzeit werden verschiedene Alternativen geprüft, ein Standort ist aber noch nicht gefunden. Zur Koordinierung dieser Aufgabe wurde eine „Taskforce“ unter Leitung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gebildet, die den Ministerrat regelmäßig informiert.

Zu Frage 4:

Die kommunale Unterbringung obliegt nicht dem Land. Nach der Verteilung der Flüchtlinge durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier sind die Landkreise, die kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Städte, die verbandsfreien Gemeinden, die Verbandsgemeinden und die Ortsgemeinden gemäß § 1 Landesaufnahmegesetz verpflichtet, die dort genannten Personen aufzunehmen und unterzubringen. Sie erfüllen diese Aufgaben als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Die kommunalen Gebietskörperschaften werden in regelmäßigen Abständen durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier über die neuesten Zugangsprognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kenntnis gesetzt und gebeten, für die Aufnahme entsprechende Unterkunftsplätze vorzuhalten.

Irene Alt
Staatsministerin

Anlage

Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Bundesgebiet

Im Jahr 2013 wurden im Bundesgebiet insgesamt **127.023** Asylanträge (davon 109.580 Erstanträge) und im Zeitraum 1.1.2014 bis 31.8.2014 insgesamt **115.737** (davon 99.592 Erstanträge) Asylanträge gestellt

Herkunftsland	Serbien (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Serbien (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)	Bosnien und Herzegowina (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Bosnien und Herzegowina (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)	Mazedonien (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Mazedonien (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)
Asylbewerber / Asylanträge insgesamt	18.001	14.362	4.847	4.919	9.418	5.426
davon Erstanträge u. prozentualer Anteil an den gesamten Asylanträgen	11.459 (10,45%)	9.634 (9,67%)	3.323 (3,03%)	3.586 (3,60%)	6.208 (5,66%)	3.563 (3,57%)
davon Folgeanträge	6.542	4.728	1.524	1.333	3.210	1.863
Entscheidungen über Asylanträge insgesamt	12.229	11.421	3.339	3.465	6.400	4.520
Anerkennung als Asylberechtigte	1	0	0	0	2	0
Anerkennung als Flüchtling	0	1	0	0	4	2
Gewährung von subsidiärem Schutz	24	13	18	2	11	5
Feststellung eines Abschiebungsverbotes		15		9		8
Ablehnungen (unbegr. abgel. / offens. unbegr.)	7.255	6.709	2.073	2.005	3.881	2.752
sonstige Verfahrenserledigungen	4.949	4.683	1.248	1.449	2.502	1.753
Anerkennungen insgesamt u. Anerkennungsquote	25 (0,13%)	29 (0,20%)	18 (0,37%)	11 (0,22%)	17 (0,18%)	15 (0,27%)

Entwicklung der Asylbewerberzahlen in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt **6.578** Asylanträge (davon 5.481 Erstanträge) und im Zeitraum 1.1.2014 bis 31.8.2014 insgesamt **5.852** Asylanträge (davon 4.899 Erstanträge) gestellt

Herkunftsland	Serbien (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Serbien (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)	Bosnien und Herzegowina (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Bosnien und Herzegowina (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)	Mazedonien (Zeitraum 1.1.2013 - 31.12.2013)	Mazedonien (Zeitraum 1.1.2014 - 31.8.2014)
Asylbewerber / Asylanträge insgesamt	873	879	300	355	642	404
davon Erstanträge u. prozentualer Anteil an den gesamten Asylanträgen	502 (9,15%)	504 (10,28%)	239 (4,36%)	270 (5,51%)	349 (6,36%)	258 (5,26%)
davon Folgeanträge	371	375	61	85	293	146
Entscheidungen über Asylanträge insgesamt	495	471	171	143	441	204
Anerkennung als Asylberechtigte	0	0	0	0	2	0
Anerkennung als Flüchtling	0	0	0	0	0	0
Gewährung von subsidiärem Schutz	2	1	1	0	1	0
Feststellung eines Abschiebungsverbotes		0		0		1
Ablehnungen (unbegr. abgel. / offens. unbegr.)	279	162	121	40	216	72
sonstige Verfahrenserledigungen	214	308	49	103	222	131
Anerkennungen insgesamt u. Anerkennungsquote	2 (0,22%)	1 (0,11%)	1 (0,33%)	0	3 (0,46%)	1 (0,24%)

(Quelle: BAMF)

